

# Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Bohren, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **40 (1948)**

Heft 3

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353323>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der erwerbstätigen Bevölkerung um ungefähr 18 000 vollbeschäftigte Arbeiter pro Jahr entspricht. Demgegenüber unterstreicht das Gesundheitsamt sehr stark die gesundheitliche Bedeutung eines erweitertenurlaubes und weist darauf hin, dass es mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende Knappheit an Arbeitskräften eine besondere wichtige Aufgabe ist, die Gesundheit und die Arbeitskraft des Volkes zu erhalten.

Von seiten der Gewerkschaften ist es eine ausdrückliche Voraussetzung, dass der erweiterte Urlaub nicht zu einer Verminderung der Produktion führen darf. Man ist sich in diesen Kreisen völlig darüber im klaren, dass dieser grosse soziale Vorstoss, der mit der Durchführung des neuen Urlaubsgesetzes unternommen worden ist, unter den gegebenen Verhältnissen eine starke Belastung der norwegischen Wirtschaft bedeutet. Aber man ist doch davon überzeugt, dass der Verlust an Arbeitsstunden durch eine erhöhte Arbeitsfreude und Arbeitseffektivität kompensiert werden wird.

*Alfred Skar, Oslo.*

## Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftspolitik

Auf der Schweizerischen Landesausstellung (also nicht auf der Züka) hat seinerzeit das Eidg. Statistische Bureau eine eindrucksvolle Darstellung der Bevölkerung der Schweiz gebracht, und die Missgestalt, zu der die Pyramide des Altersaufbaues infolge der Geburtenabnahme werden musste, ist wohl allen in Erinnerung geblieben. Mancher wurde Pessimist und sah die Schweiz schon auf der abschüssigen Bahn, auf der das französische Volk schon seit längerer Zeit dem Niedergang entgegengeht und auf der seinerzeit nicht nur das alte Rom, sondern auch andere Kulturvölker ihren Untergang gefunden haben.

Ueber die Ursachen dieses Geburtenrückganges ist bereits viel geschrieben worden, das Neueste ist das Werk von *W. Bickel*\*, in dem der Verfasser aber nicht nur den Geburtenrückgang, sondern die gegenseitigen Beziehungen zwischen Bevölkerungspolitik und Wirtschaftspolitik in ihrer Allgemeinheit behandelt. Was den Geburtenrückgang anbetrifft, teile ich die Ansicht Bickels, dass die populäre Auffassung, wonach die Geburtenabnahme eine Folge von Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Not sei, in dieser einfachen Form sicherlich nicht haltbar ist. Der Geburtenrückgang seit Anfang des Jahrhunderts betraf die ganze abendländische Welt, nicht

---

\* *W. Bickel*, Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz. Büchergilde Gutenberg, Zürich. 1947.

nur die Schweiz, und dauerte durch Jahre schlechter und guter Konjunktur hindurch. Die Tatsache, dass es in den wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung begonnen und erst von da auf die ärmeren Volksschichten übergegriffen hat, hat zur Aufstellung der sogenannten Wohlstandstheorie geführt, nach der nicht Armut und Not, sondern vielmehr Wohlstand und Reichtum zum Sinken der Geburtenfrequenz führen sollen. Besser ausgedrückt, es ist weniger der Wohlstand, der die Geburtenziffer senkt, als die rationalistische Geisteshaltung unserer Zeit, die unter den Werten des Lebens dem wirtschaftlichen Erfolg die erste Stelle zuweist. Der zeitgenössische Mensch strebt vor allem nach materieller Besserung der Lebenshaltung und will auf der sozialen Stufe emporsteigen, etwas Besseres werden oder wenigstens seine Kinder etwas Besseres werden lassen, als Eltern und Grosseltern waren. An Stelle von Instinkt (Fortpflanzungstrieb) und Ueberlieferung tritt vernunftgemässes Denken und Handeln, der Einfluss der Kirche, die grundsätzlich unbeschränkte Vermehrung fordert, selber aber Konzessionen machen muss, wird immer schwächer, und so greift diese Geisteshaltung mit fortschreitender Bildung der Massen auf alle Schichten der Bevölkerung über. Zu all dem kam der allgemeine Pessimismus, der weite Schichten der Bevölkerung durchdrang. Durch die kapitalistische Produktionsweise wurde der Einzelne zum Spielball einer geheimnisvollen, Gesetzen gehorchenden Konjunktur. Er war nicht mehr Subjekt der Wirtschaft, sondern lediglich Ausbeutungsobjekt der Kapitalisten.

Wenn dem aber so ist, welche Faktoren haben dann die neueste Aufwärtsbewegung der Geburtenzahlen verursacht? Wirken denn, so wird man fragen, die geschilderten Ursachen nicht mehr fort? Zunächst ist festzustellen, dass die Geburtenziffern auch heute noch weit unter denen der Jahrhundertwende liegen; auch im Jahre 1945 war die eheliche Fruchtbarkeit in der Schweiz noch geringer als in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg. Soweit nun aber tatsächlich ein Wiederanstieg der Geburten in den letzten Jahren stattfand, liegt es nahe, die Erklärung dafür in den ergriffenen staatlichen Massnahmen vieler Länder zu erblicken. In der Tat sind diese Massnahmen nicht ohne Erfolg geblieben. Es sei nur an die Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus erinnert. Was die Schweiz anbetrifft, so hat die Einführung der Lohn- und Verdienstersatzordnung zu einer starken Zunahme der Eheschliessungen und damit auch der Geburten geführt. Aber es wäre zu einfach, den Umschwung der Entwicklung ausschliesslich auf die staatlichen Massnahmen der Geburtenförderung zurückzuführen, denn diese ist auch in Ländern eingetreten, in denen so gut wie keine Geburtenförderung betrieben wurde. Wir müssen vielmehr annehmen, dass sich ein wesentlicher Wandel in der geistigen Haltung breiter Schichten der Bevölkerung vollzogen hat.

Als den ersten ist es den autoritär regierten Staaten gelungen, ihren Völkern an Stelle von Pessimismus neues Vertrauen in die Zukunft einzuflössen. Was die demokratischen Länder und insbesondere die Schweiz betrifft, wurde als Folge der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ebenfalls das nationale Gefühl gestärkt, der Glaube an die Zukunft, an eine neue gerechtere Wirtschafts- und Sozialordnung wiedergewonnen. Es ist nicht zu übersehen, dass der zweite Weltkrieg auch in anderer Hinsicht zu wesentlich andern Reaktionen geführt hat als der erste; so ist beispielsweise der soziale Friede gerade in der Schweiz während der letzten Jahre viel weniger gestört worden als im ersten Weltkrieg, der ja mit dem Generalstreik vom Herbst 1918 endete. Ob freilich die neugewonnene Zuversicht nur ein kurzes Strohfeuer bleiben oder von Dauer sein wird, hängt von der Gestaltung der neuen Welt ab, die es aus den Trümmern der alten aufzubauen gilt.

Aber ich gehe mit Bickel auch darin einig, wenn er sagt, dass das Urteil über die Bedeutung des Geburtenrückganges nur eine Frage seines Ausmasses ist. Eine starke Uebervölkerung der Schweiz ist ebensowenig ein Ideal wie ein starker Bevölkerungsrückgang. Nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom nationalen Gesichtspunkt aus halten wir eine mässige Bevölkerungszunahme für die günstigste Lösung des Bevölkerungsproblems, und die staatlichen Massnahmen sollten sich darnach richten; sie haben, wie alle staatlichen Akte, den Grundideen unseres Staatswesens: Demokratie und Föderalismus, zu entsprechen, und der neue Verfassungsartikel 34<sup>quinquies</sup> scheint eine gute Grundlage für Massnahmen auf diesem Gebiete zu sein. Doch diese staatlichen Massnahmen, Familienschutz und Mutterschaftsversicherung, werden Stückwerk bleiben. Notwendig ist die Schaffung von Vertrauen, Ersatz der bisherigen Wirtschaftsordnung, die nicht vermocht hat, jedem seinen gerechten Anteil an den Gütern dieser Welt zu sichern und die schliesslich in zwei blutigen Kriegen die Grundlagen der Zivilisation erschüttert hat. Wird es möglich sein, eine bessere Ordnung zu schaffen? Montesquieu hat im Jahre 1721 vorausgesagt, die Erde werde in 200 Jahren eine Wüste sein. Die Geschichte hat ihm Unrecht gegeben, die Menschheit ist nicht ausgestorben, und der von Oswald Spengler prophezeite Untergang des Abendlandes ist ebenfalls nicht eingetreten; aber wir stehen sicher an einer Schicksalswende. Der Pessimist, der einzige Mist, auf dem nichts wächst, mag fürchten; der Optimist muss hoffen, dass die Dunkelheit der letzten Jahre schliesslich der Morgenröte einer bessern Zeit weichen und dass neues Leben aus den Ruinen entstehen wird, zu dem die arbeitende Klasse und ihre Organisationen Wesentliches werden beitragen können.

Wir müssen Professor Bickel dankbar sein, dass er in seiner wertvollen wissenschaftlichen Arbeit mit aller Bestimmtheit Stel-

lung bezogen und nicht die Bevölkerungspolitik, sondern die Wirtschaftspolitik als das Entscheidende hingestellt hat. Der Leser wird in seinem Werke noch viel Interessantes finden, es ist eine wahre Fundgrube für alle, die sich mit Geschichte und Politik befassen; der Verfasser zeigt aber auch, wie gefährlich es ist, sich an bestimmte Theorien anzuklammern, die Geschichte als Lehrmeisterin zu überschätzen und gestützt auf sie Prognosen aufzustellen.

Möge das Werk viele Leser finden!

*Dr. A. Bohren.*

## Vom Redaktor notiert...

Dass der Arbeiter, der Vertrauensmann und selbst der Funktionär in der Gewerkschaftsbewegung dem Handelsteil der grossen Zeitungen im allgemeinen zu wenig Beachtung schenken, ist eine alte, aber darum um nichts weniger bedauerliche Tatsache. Die auf den Handelsseiten erscheinenden Nachrichten und Geschäftsberichte verdienen die Aufmerksamkeit jedes Gewerkschafters, der seine Arbeit ernst nimmt. Für heute notieren wir uns kurz aus der gleichen Nummer der «NZZ» (Nr. 284 vom 9. Februar 1948):

1. Die *Color Metal AG., Zürich*, ist ein Produktionsunternehmen mit einem Aktienkapital von 2,4 Millionen Franken, das vor allem durch die Herstellung des praktischen Reissverschlusses bekanntgeworden ist. Es hatte im Geschäftsjahr 1946/47 mit *Liquiditätssorgen* zu kämpfen. Die Geschäftspolitik soll künftig mehr im Sinne einer Konsolidierung geführt werden. Trotz einem Bruttoertrag von 2,13 Millionen Franken (im Vorjahr 1,6 Millionen) und einem Reingewinn von rund 150 000 Fr. (i. V. 118 000) beschloss deshalb die Generalversammlung, auf eine Dividende zu «verzichten» und den Gewinnvortrag im Unternehmen weiterarbeiten zu lassen.

Was uns aber besonders interessiert, ist die Mitteilung, dass neben zwei anderen Mitgliedern des Verwaltungsrates, dem bisherigen Präsidenten, Minister Flückiger in Moskau, und dem Gründer des Unternehmens, Ing. Stäubli, auch der *Vertreter der Personalaktionäre* als Verwaltungsrat zurückgetreten ist. Wir haben es also mit einem Betrieb zu tun, der seine Arbeiterschaft an der Bildung des Aktienkapitals und damit auch an Risiko und Gewinn beteiligt hat. Wie das in den Händen des Personals liegende Aktienkapital aufgebracht wird, ist leider nur zwischen den Zeilen zu lesen. Auf welche Summe es sich beläuft, wird verschwiegen. Wir erfahren nur, dass von 39 an der Generalversammlung anwesenden Aktionären 32 dem Kreis der Angestellten und Arbeiter der Color Metal AG. angehören, was natürlich nicht viel besagen will. Ueber die Gründe, die zum Rücktritt des Vertreters der Personalaktionäre geführt haben, heisst es im Bericht:

«Das *Experiment* der engeren Zusammenarbeit mit dem Personal und der Förderung des Verständnisses der Angestellten für die Aufgaben und Sorgen der Gesellschaftsleitung durch Gewährung von Aktienbeteiligungen an treue Mitarbeiter (!) hat sich *nicht als erfolgreich* erwiesen. Der Vertreter des Personals im Verwaltungsrat hatte offenbar unter seinen Arbeitskollegen keinen leichten Stand, er scheint auf Misstrauen gestossen zu sein.